

„Brexit bringt langfristig Nachteile für alle“

Montagsinterview Michael Gehrig ist Geschäftsführer der Deutsch-Britischen Gesellschaft Rhein-Main. Er wünscht sich ein Europa mit Großbritannien als Mitglied. Redakteur Thomas J. Schmidt hat mit ihm unter anderem über Briten in Frankfurt und Umgebung gesprochen.

Brexit-Drama, nächster Akt. Wie wird es im Verlauf der nächsten Wochen denn weitergehen? Die Briten wetten ja auf alles. Wie stehen die Wetten? Kommt der harte Brexit? Kommt es zum „Exit vom Brexit“, gibt es ein zweites Referendum? Wie ist die Stimmung bei den Mitgliedern der Deutsch-Britischen Gesellschaft?

Wir haben alle Schattierungen. Viele glauben an einen Deal, manche an den harten Brexit, manche an ein zweites Referendum. Ein Mitglied hat um eine Kiste wertvollen Champagners gewettet...

Und gewonnen?

Das steht ja noch in den Sternen. Er hat gewettet, dass es keinen Brexit geben wird. Mit den Terminsetzungen der EU-Kommission könnte am Ende doch noch der Brexit verhindert werden. Im Grunde müsste den Briten das Ergebnis der Verhandlungen zur Abstimmung präsentiert werden – wenn das Parlament schon nicht zu einer Mehrheitsmeinung findet – und man müsste sagen: Wollt ihr den Brexit? Das sind die Bedingungen und die Folgen. Ich glaube, der Brexit würde keine Mehrheit mehr finden.

Gibt es denn unter Frankfurts Briten auch welche, die für den Brexit sind?

Bei unseren Mitgliedern gibt es in der Tat einige, die für den Brexit sind. Aber je jünger die Menschen sind, um so seltener ist diese Meinung. Aber auch bei den Älteren ist es, nach meiner Beobachtung, die Ausnahme. Manche unserer Mitglieder sind seit 50 Jahren hier. Sie machen sich Sorgen, dass sie nicht mehr so einfach nach Großbritannien können, weil die Schengen-Regel nicht mehr greifen könnte. Das Bild ist bunt, aber die Mehrheit ist gegen den Brexit.

Genau jetzt während unseres Interviews sind die Nachrichten voll mit dem Thema Verlängerung des Brexit oder nicht. Wird die Verlängerung etwas bringen?

Seit Donnerstagabend steht fest, dass die EU Großbritannien zwei Termine vorgibt: eine Verlängerung bis zum 22. Mai und bis zum 15. April die Entscheidung, ob Großbritannien einen längeren Zeitraum zur Entscheidungsfindung benötigt und damit an der Europawahl teilnimmt. Mit diesem Ergeb-



Michael Gehrig wünscht ein zweites Referendum und ein Verbleiben der Briten in der EU. Das erzählt er Redakteur Thomas Schmidt. Foto: Faust

nis wird Theresa May weiter versuchen, Druck auf das Parlament auszuüben, damit ihr „Deal“ schlussendlich eine Mehrheit findet – etwa drei Millionen Briten haben in den letzten Tagen eine Petition unterschrieben, in der das Parlament zum Rücktritt vom Brexit aufgefordert wird.

Vielleicht ergibt diese neue Situation ja eine Mehrheit für die Remainer, die in Europa bleiben wollen? Dann wäre eine neue Volksabstimmung unausweichlich, und es könnte anders werden...

Dann könnte durchaus auch ein erneutes Referendum angesetzt werden. Im ersten Referendum wurde über ein Ja oder Nein abgestimmt, ohne eine genaue Vorstellung über die Folgen zu haben. Große Teile der wahlberechtigten Bevölkerung wurde von Populisten hinter Licht geführt; beispielsweise mit der Zusage, mit dem Brexit einen hohen Millionenbetrag für den Gesundheitsdienst zu erzielen. Ferner ist zu bedenken, dass seit Juni 2016 zwei Millionen Jungwähler ins Wahllager gekommen sind, die mehrheitlich für einen Verbleib in der EU sind.

Was erwarten die Briten von Europa? Fühlen sie sich schlecht behandelt und erwarten die, dass wir ihnen Rosen nachwerfen?

Es geht weiter zurück. „Heavy Fog in the Channel. Continent cut off.“ Nicht Großbritannien sah sich am 22. Oktober 1957, nachdem der Kanal wegen Nebels gesperrt wurde, als isoliert, sondern der Kontinent. Im kollektiven Unterbewusstsein herrscht noch der Gedanke an das Empire. Anfang der 70er Jahre trat man der EU bei, weil man sich davon wirtschaftliche Vorteile versprach. Aber die Vorbehalte, die auch historisch bedingt sind, behielten ihre Wirkkraft, über Margaret Thatcher und ihrem „I want my money back“ bis zu den harten Brexiters heute.

Was die Briten in Europa ziemlich unbeliebt machte...

Ein großer Prozentsatz der jungen Menschen denkt positiver über Europa, aber für die Vertreter der Entscheidungselite, die für den Brexit waren und sind, bleibt das Streben nach nationaler Unabhängigkeit dominant. Innenpolitisch hat Großbritannien erhebliche politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Herausforderungen zu meistern. Aber die letzten zwei Jahre waren die Politiker an die Brexitthematik gebunden. Die Premierministerin bleibt davon überzeugt, das Wählervotum des Referendums erfüllen zu müssen und stellt sich die staatsmännische Option der britischen Bevölkerung den „Deal“ zur erneuten Abstimmung zu stellen.



Michael Gehrig

Er ist seit 1980 Mitglied der Deutsch-britischen Gesellschaft, seit 1984 ihr Geschäftsführer. Der Englischlehrer trat bei, weil Kontakte zu englischen Muttersprachlern wichtig waren. Gehrig war Leiter der Anna-Schmidt-Schule und hat in den letzten Jahren seines Berufslebens die bilinguale Phorms-Schule an den Standorten in Frankfurt und Steinbach am Taunus mit aufgebaut. Neben seinen ehrenamtlichen Aktivitäten betätigt er sich heute als Berater zu Fragen der Erziehung und Bildung. Die Deutsch-Britischen Gesellschaft (www.debrige.de), die in diesem Jahr ihr 70-jähriges Bestehen feiert, hat 200 britische und deutsche Mitglieder und etwa 350 Förderer. Sie kommen aus dem Kreis der rund 10.000 Briten in Frankfurt und Umgebung. Die Deutsch-Britische Gesellschaft lädt zu monatlichen Vortragsveranstaltungen ein und kooperiert mit Verlagen und kulturellen Einrichtungen, um das Programm möglichst vielfältig zu gestalten. tjs

schäftliche Herausforderungen zu meistern. Aber die letzten zwei Jahre waren die Politiker an die Brexitthematik gebunden. Die Premierministerin bleibt davon überzeugt, das Wählervotum des Referendums erfüllen zu müssen und stellt sich die staatsmännische Option der britischen Bevölkerung den „Deal“ zur erneuten Abstimmung zu stellen.

Brauchen wir Europa?

Man mag Europa skeptisch gegenüberstehen. Allein zu diesem großartigen Projekt „Europa“ gibt es keine Alternative, sondern lediglich zeitgemäße Reformen, die eines Tages in eine politische Union münden mögen.

Aber hat die EU sich nicht selbst in die Lage gebracht, so unbeliebt zu sein? Mit der Bürokratie, mit der undemokratischen Kommissar-Herrschaft, mit den unübersichtlichen Entscheidungsfindungen...?

Das mag ja sein, aber es schwächt die ursprüngliche Idee nicht. Ein staatenbundähnliches Gebilde mit 27 (28) Staaten, stellt große Anforderungen an das politische Management. Seit dem Referendum ist ein erstaunlicher Schulterschluss der 27 Staaten zu verzeichnen. Leider ist der Preis für diese Erfahrung sehr hoch, vielleicht sogar zu hoch.

Was wäre Ihr Wunsch für die Briten?

Mein persönlicher Wunsch wäre ein zweites Referendum, das zu einem Remain, einem Verbleib der Briten in Europa, führt.

Was denken denn die Briten in Frankfurt?

Sie sind mehrheitlich gegen den Brexit. Sie beobachten die Situation aus der Distanz und glauben nicht, dass es gut für die Insel wäre,

Europa zu verlassen. Sehr viele haben einen deutschen Pass beantragt. Das Regierungspräsidium in Darmstadt konstatiert einen enormen Anstieg an Anträgen britischer Bürger auf die deutsche Staatsbürgerschaft. 2019 sind die Briten die zweitgrößte Gruppe der Antragsteller, Tendenz steigend.

Was sind denn die typischen Sorgen der Briten hier in Frankfurt, wenn der Brexit kommt? Fürchten sie, ausgewiesen zu werden?

Es darf innerhalb Europas keine Einschränkung der Freizügigkeit geben. Eine große Sorge bezieht sich auf finanzielle Themen. Viele britische Staatsbürger haben Teile

”

Man mag Europa skeptisch gegenüberstehen. Zu diesem großartigen Projekt „Europa“ gibt es aber keine Alternative.

ihrer Altersversorgung an das Pfund gebunden. Oder sie haben Lebensversicherungen in England. Welche Folgen, so fragen sie sich, wird diesbezüglich der Brexit zeitigen? Zahlreiche Privatpersonen, auch deutsche, haben in Großbritannien, insbesondere in London und Greater London, in Immobilien investiert, weil sie auf Sicherheit bauten. Fallende Immobilienpreise sind heute zu verzeichnen.

Hier steigen sie...

Das ist ein anderes Problem, das sich in Frankfurt und dem Rhein-Main-Gebiet auch ohne die Brexit-Folgen zeigt. – Was Frankfurt posi-

tiv vermerken kann, sind, meines Wissens, z.B. 29 Banken, die sich hier bereits neu akkreditiert haben. Damit zeigt Frankfurt, wie attraktiv dieser Wirtschaftsstandort ist und durchaus wettbewerbsfähig mit anderen europäischen Metropolen. Diese Entscheidungen sind sicherlich auch auf die Weltoffenheit von Frankfurt und dem Rhein-Main-Gebiet zurückzuführen, darauf, dass Frankfurt vorwegnimmt, was ich mir für Europa wünsche.

Also alles gut, wir profitieren?

Ja, die Stadt und die Region profitieren vom Brexit. Die Staatskanzlei hat eine Stabsstelle „Brexit“ eingerichtet. Der Wirtschaftsminister ist sehr aktiv, der Oberbürgermeister war mehrmals in Großbritannien. Die Hessen GmbH, die FrankfurtRheinMain GmbH und Frankfurt Main Finance e.V. sind gleichfalls sehr aktiv in der Vermarktung der Rhein-Main Region, mit Frankfurt als Zentrum. Auch die DBG Rhein-Main e.V. und insbesondere Nick Jefcoat, ihr Vorsitzender, bringen sich in diese Aktivitäten ein.

Es wird wie in London, so dass nur noch Reiche in Frankfurt leben können, die anderen müssen ins Umland ausweichen und zur Arbeit pendeln?

Erneut betone ich, dass auch ohne einen Brexit die Miet- und Immobilienpreise in den nächsten Jahren auch im Umland steigen werden. Es bleibt eine große politische Herausforderung, den Grad an Gentrifizierung möglichst gering zu halten und dafür zu sorgen, dass die Infrastruktur des Rhein-Main Gebietes weiterentwickelt wird, so dass das Pendeln auch aus den Grenzgebieten der Region attraktiv bleibt.

Zurück zu den Briten hier...

Ihre Sorgen betreffen schon Fragen der Freizügigkeit, der doppelten

Staatsbürgerschaft und der Altersversorgung. Shakira Martin, die Präsidentin der National Union of Students, die sieben Millionen Studierende vertritt, wies am 14. März hier in Frankfurt darauf hin, dass sich die Studierenden sehr große Sorgen machen. Werden die Erasmus-Programme nach einem Brexit mittel- und langfristig für britische Studierende gelten? Müssen Studierende aus Deutschland, die in Großbritannien studieren wollen, dann künftig höhere Gebühren zahlen? Werden Studienbelege, die während eines Auslandsstudiums erworben werden, nach einem Brexit anerkannt? Aus Sicht der Studierenden wäre eine solche Entwicklung fatal.

Aber es ist, wie es ist. Ein britischer Gastronom, mit dem ich gesprochen habe, besorgt sich British beer and breakfast auf Vorrat...

Und in England verschwinden die Arbeitsplätze, auch wenn gegenwärtig der Arbeitsmarkt positive Zahlen aufweist. Honda hat entschieden, England zu verlassen, was den Verlust von 7000 Jobs bedeutet. Die Autounternehmen haben ihre Materialbeschaffung „in time“ organisiert und sehen sich nicht in der Lage, nach einem harten Brexit Lagerhallen zu bauen, um die Produktion auf dem aktuellen Stand zu halten. Großunternehmen können in diesen Fällen flexibler reagieren. Aber was ist mit kleinen und mittelständischen Unternehmen? Heute kam über die Postbank der Hinweis: Wenn Sie Geschäftsbeziehungen mit England unterhalten, berücksichtigen Sie erstens, zweitens, drittens. Ob sie Unternehmer sind oder Bürger: Alle haben einen Schaden aus den Folgen dieses Referendums, gleich wie die Brexit-Verhandlungen zwischen der EU und Großbritannien ausgehen werden. Es wird Jahre dauern bis innen- und außenpolitisch das zerstörte Vertrauen wieder aufgebaut sein wird.

Haben denn die Europäer nicht doch zu hart verhandelt? Hätten sie den Briten mehr entgegenkommen sollen? Das Problem ist der Backstop, die Zollunion der Nordiren und Britanniens mit Europa, damit keine Zollgrenze in Irland entsteht. Hätte die EU den Briten entgegenkommen sollen?

Nein. Diesbezüglich muss man deutlich sehen, wer der Verursacher dieser nunmehr Krise ist. Wer geht, kann nicht noch die Bedingungen ausschließlich zu seinen Gunsten bestimmen und den Verlassenen auf den Scherben sitzen lassen. Und wie gesagt, Großbritannien kann das mittel- und langfristig nicht guttun. Das Land hätte in dieser Phase einen Churchill gebraucht, aber einen, der sich nicht mehr mit der viktorianischen Zeit identifiziert.

Es gibt keine Mehrheit für irgendetwas. Die Karre ist an die Wand gefahren. Könnte es noch schlimmer kommen?

Der harte Brexit wäre sicherlich die schlechteste der Lösungen. Deswegen hat Theresa May, gegen ihre Überzeugung, um die Verlängerung gebeten.

Was würde ein harter Brexit bedeuten?

Es würde ganz schwierig werden für Großbritannien. In Frankfurt würden noch mehr Unternehmen anklopfen. Im Grunde sperre ich mich gegen diese Überlegung, weil langfristig alle Nachteile zu verzeichnen hätten. Im Vorfeld der Europawahlen sollten sich, angesichts der Brexitattraktionen, die Bürger Europas verpflichtet sehen, zur Wahl zu gehen und damit Europa ihre Stimme geben, am besten deutlich gegen Populisten.

Stadt verkent die Ideen von Ernst May

Protest Aktivisten platzen in Ausstellungseröffnung im Architekturmuseum – Kritik an den Günthersburghöfen

Mitten in die Eröffnung der Ausstellung „Neuer Mensch, neue Wohnung“ über das Wirken des Stadtplaners und Architekten Ernst May im Architekturmuseum platzte eine zehnköpfige Protestgruppe.

Frankfurt. Sie trugen Masken mit dem Gesicht von Ernst May und riefen „Not in May Name“ („Nicht in meinem/Mays Namen“). Sie hielten ein Transparent mit der Aufschrift „Stadt für alle statt Luxuswohnungen – Grüne Lunge bleibt – Instone AG stoppen“ hoch. Nach wenigen Minuten war die Aktion vorbei. „Es gab sogar Applaus im Publikum“, sagt Rolf Engelke, Mitglied der Gruppe „Stadt für alle“,

die hinter dem Protest steht. Die Gruppe kritisiert, dass die Stadt sich mit den Ideen von Stadtplaner und Architekt Ernst May schmücke, diese aber in keiner Weise in der Gegenwart umsetze. „Mays Neues Frankfurt“, das heißt bezahlbare Wohnungen für die, die sich teures Wohneigentum nicht leisten können.“ In Frankfurt „reduziere man Ernst May auf das Design und die kühlen Formen seiner modernen Bauweise, lässt aber dessen sozialreformerischen Anliegen bewusst außen vor“, so Engelke.

Denn Frankfurt sei an sozialem Wohnungsbau nicht interessiert, sondern nur am Bau von Luxuswohnungen. Jüngstes Beispiel sei das „hochpreisige Wohnprojekt“

Günthersburghöfe zwischen Günthersburgpark und Friedberger Landstraße, das den Gärten der Grünen Lunge den Garaus mache. „Wir fordern dort sozialen Wohnungsbau oder Bauprojekte für gemeinschaftliches Wohnen auf den bereits versiegelten Flächen.“ Die Kleingärten stellen eine einzigartige urbane Wildnis dar, die erhalten werden müsse. Das „Ernst May-Quartier“ sei eine Farce. „May hatte die Auflockerung der Stadtgrenzen durch Heranziehung breiter Grünflächen in das Stadttinnere und Dauerpachtgärten für Kleingärtner vor Augen. In seinem Namen sollen jetzt diese Elemente des städtischen Raums zerstört werden“, moniert die Protestgruppe. stw



Eine zehnköpfige Gruppe platzte in die Ausstellungseröffnung und hielt Banner mit der Aufschrift „Stadt für alle“ hoch. Foto: privat

Junge Union: Autofreie Innenstadt realitätsfremd

Frankfurt. Als realitätsfernen und plumpen Versuch Aufmerksamkeit zu generieren bezeichnet die Junge Union Frankfurt den Vorschlag von Planungsdezernent Mike Josef, die Innenstadt für den Autoverkehr zu sperren. „Wenn Mike Josef mit einem solchen Vorschlag vorprescht, dann stößt er nicht nur seinen eigenen Koalitionspartner vor den Kopf, sondern spielt auch mit den Anwohnern der Frankfurter Innenstadt. Das kann nicht im Sinne einer ausgewogenen Politik sein“, kritisiert der Kreisvorsitzende der Jungen Union Frankfurt, Martin-Benedikt Schäfer.

Einmal mehr zeige sich, dass Josef kein Teamplayer sei, sondern rein auf Selbstdarstellung aus ist.

Die jungen Christdemokraten weisen zudem darauf hin, dass viele Menschen auch in der Frankfurter Innenstadt auf das Auto angewiesen seien.

Für die Verkehrspolitik sei ein „Sowohl als Auch“ und nicht „Entweder Oder“ erforderlich. „Es kann doch nicht sein, dass wir ständig neue Vorschläge zu lesen und hören bekommen, die stets auf eine Enteignung durch die Hintertür hinauslaufen. Wir setzen uns für eine Verkehrspolitik ein, die inkludiert und nicht exkludiert. Wir brauchen vernetzte Systeme, in denen sich sowohl Autofahrer, als auch Fahrradfahrer, Fußgänger und der öffentliche Personennahverkehr wiederfinden“, mahnt Schäfer. red